

Kölner Stadt-Anzeiger

WWW.KSTA.DE

Suche in KSTA.DE

Sonne und Wolken, 15°

NEWS-CENTER

ARCHIV

ANZEIGEN

ABO-SERVICE

KSTA-TOUR

AKTUELL



SCHLAGZEILEN

POLITIK

SPECIAL

KÖLN

NRW & REGION

WIRTSCHAFT

MEINUNG

SPORT

PANORAMA

KULTUR

MEDIEN & WEB

CAMPUS

FOTOLINE



AKTIONEN



IMPRESSUM

WERBEN AUF KSTA.DE

Arbeit am Starfighter-Radar

Strahlenopfer verlangt Loyalität

Nach Zell-Tumor musste Dietmar Glaner der Unterarm amputiert werden

31.08.2001

Von Holger Klein

Lohmar - Wenn Dietmar Glaner über seinen früheren Arbeitgeber spricht, erwartet sein Gesprächspartner eigentlich einen Zornesausbruch. Die Enttäuschung über das Verhalten seines Dienstherrn müsste doch alle Bremsen lockern und ihn zu einer schonungslosen Abrechnung treiben. Derlei Regungen sucht man bei Dietmar Glaner aber vergebens. Obwohl er als Folge seiner 35 Jahre im Dienste der Bundeswehr seinen linken Unterarm verlor, ist er immer noch auf die Reputation des Verteidigungsministeriums bedacht. "Was sollen bloß junge Männer, die Soldat werden wollen, von diesem Hickhack halten. Die kriegen ein ganz schlechtes Bild von der Bundeswehr."

Seit 1969 im Fliegerhorst

Das Hickhack begann am 3. Januar 1967. Nach seiner Ausbildung zum Mess- und Regeltechniker bei der Veba in Gelsenkirchen trat Glaner in die Bundeswehr ein. Nach der üblichen militärischen Ausbildung spezialisierte er sich an der Technischen Schule der Luftwaffe in Kaufbeuren auf Flugzeugradarmechanik und wurde im Juli 1969 in den Fliegerhorst Nörvenich versetzt. Glaner war sechs Jahre für die Arbeiten am Feuerleitradar des Starfighters F-104 zuständig. Oft werkelte er stundenlang an der Nase des Flugzeuges herum. Mit der linken Hand an den betriebsbereiten Radarantennen, mit der rechten an den Prüfgeräten.

Schockierende Diagnose

Im März 1990 hatte der Lohmarer die Arbeit am Starfighter-Radar schon fast vergessen, als er einen Druckschmerz im linken Handgelenk bemerkte. Die Diagnose war erschütternd: Die Ärzte fanden einen Tischtennisball großen Riesenzelltumor Typ 2b, der die Knochen in Glaners Hand zerfraß. In einer Operation entfernten die Chirurgen den Tumor und entnahmen Knochenmark aus der Hüfte, um das Loch des Tumors zu schließen, doch der Krebs hatte schon gestreut. Auch im Mittelhandknochen und in den Fingern fanden die Ärzte bösartige Tumore - Glaners Unterarm musste am 17. September 1990 amputiert werden.

Der Grund für die Entstehung des Tumors war unzweifelhaft die Mikrowellen- und Röntgenstrahlung, der der im April 2001 pensionierte Oberstabsfeldwebel ausgesetzt war. "Von Bleihandschuhen oder Dosimeter hatten wir nie was gehört. Einen Schutz gab es nicht", erinnert sich Glaner. Bereits 1991 wurde sein Strahlenschaden von der Bundeswehr als Strahlenbeschädigung anerkannt. 412 Mark Extra-Rente und 47 Mark "für den außergewöhnlichen Verschleiß an Kleidung und Wäsche" wurden ihm monatlich zum Sold überwiesen. Der Lohmarer war zufrieden und blieb auch nach der Operation im Dienst der Bundeswehr. Zuletzt im Materialamt der Luftwaffe. "Ich dachte, ich wäre ein Einzelfall, hätte einfach Pech gehabt. An Schmerzensgeld oder Entschädigung hatte ich gar nicht

gedacht."

Dies änderte sich mit dem Regierungswechsel. Unter Verteidigungsminister Rudolf Scharping wurden Fälle von Vergiftungen durch Uran und Asbest bekannt. Den Radarstrahlen-Opfern versprach der Minister sogar "großzügige Entschädigungen". "Wir wurden plötzlich wach, trafen uns im Kameradenkreis und merkten, wie viele von uns verstrahlt worden waren", erzählt Glaner, der sich zusammen mit vielen ehemaligen Soldaten und Hinterbliebenen, deren Angehörigen durch Strahlenschädigungen gestorben waren, zum "Bund zur Unterstützung Strahlengeschädigter" zusammengeschlossen hat. "Wir wollen keine großzügige Lösung, sondern Gerechtigkeit. Wir waren jahrelang loyale Soldaten und verlangen nun von der Bundeswehr ebenfalls Loyalität", stellt Glaner fest.

Der Bund sicherte sich die Dienste des Berliner Opferanwalts Reiner Geulen, der beim Verteidigungsministerium die Interessen von 540 strahlengeschädigte Mandanten durchsetzen will. Noch Anfang Juli strebte Scharping "eine streitfreie Einigung" an, doch passiert ist seitdem nichts. Rechtsanwalt Geulen hat dem Verteidigungsministerium nun gestern eine Frist bis zum 28. September gesetzt, über die Anerkennung der Wehrdienstbeschädigung sowie die Zahlung des geltend gemachten Schmerzensgeld - in Glaners Fall immerhin eine Summe zwischen 250 000 und 600 000 Mark - zu entscheiden, sonst wird geklagt. Dietmar Glaner wäre eine außergerichtliche Einigung lieber, denn "das juristische Geplänkel tut mir in der Seele weh".

siehe Politik

TERROR GEGEN
AMERIKA | SCHLAGZEILEN | POLITIK | SPECIAL | KÖLN
NRW & REGION | WIRTSCHAFT | MEINUNG | SPORT | PANORAMA
KULTUR | MEDIEN & WEB | CAMPUS | FOTOLINE | DAS BAYER-
DRAMA
WIR HELFEN | IMPRESSUM | WERBEN AUF KSTA.DE

Alle Rechte vorbehalten © 2001 Kölner Stadt-Anzeiger
Site Design: MediaGroup Berlin | <http://www.mediagroup-berlin.de/>
Technische Realisierung: XCOM AG